

Kurzbericht 1. Welle der "SRG Trendumfragen"
zur Volksabstimmung vom 27. September 2020



Zu Beginn der Hauptkampagnenphase:

Begrenzungsinitiative – Mehrheit dagegen

Jagdgesetz – Mehrheit dafür

Steuerabzüge Kinder – Mehrheit dafür

Vaterschaftsurlaub – Mehrheit dafür

Kampfflugzeuge - Mehrheit dafür

Projektteam

Lukas Golder: Co-Leiter

Martina Mousson: Projektleiterin

Aaron Venetz: Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Thomas Burgunder: Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Daniel Bohn: Projektmitarbeiter

Roland Rey: Projektmitarbeiter / Administration

Bern, 19. August 2020

Inhaltsverzeichnis

1	WICHTIGES IN KÜRZE	4
1.1	Generelles	4
1.2	Hauptergebnisse der 1. SRG-Trendumfragen	5
1.3	Begrenzungsinitiative	6
1.4	Änderung des Jagdgesetzes	9
1.5	Steuerabzüge für Kinder	12
1.6	Vaterschaftsurlaub	15
1.7	Beschaffung Kampfflugzeuge	19
1.8	Vorläufige Teilnahmeabsicht	22
1.9	Datengrundlage	23
2	ANHANG	24
2.1	gfs.bern-Team	24

1 Wichtiges in Kürze

1.1 Generelles

Wie üblich handelt es sich bei der ersten Befragung um eine Momentaufnahme, ohne direkte prognostische Absicht, denn der Abstimmungskampf und damit die Meinungsbildung setzen zu diesem Zeitpunkt normalerweise erst ein. Sie können bei Volksabstimmungen nachweislich das Ja/Nein-Verhältnis beeinflussen. Hinzu kommen Effekte aus der noch unbekanntem Mobilisierung durch die Kampagnen.

MOMENTAUFNAHME:	Einmalige Messung von Stimmabsichten, wie hier vorliegend
TREND:	Mindestens zweimalige Messung, um Entwicklungen mit verschiedenen Momentaufnahmen zu erkennen
PROJEKTIONEN:	Momentaufnahmen, bei denen die Unentschiedenen verteilt werden
PROGNOSEN:	Projektionen, welche die kommende Meinungsbildung bis zum Abstimmungstag mitberücksichtigen und die erwarteten Ja/Nein-Anteile bestimmen

FESTNETZ, MOBILFUNK UND NEU ONLINE

Der telefonische Teil der vorliegenden Befragung wurde vom gfs-Befragungsdienst realisiert, die Auswertung und Analyse der Daten nahm das Forschungsinstitut gfs.bern vor. Befragt wurde via eines RDD-Dualframe-Verfahrens per Festnetz und Handy. Seit dem Herbst 2018 wird im Rahmen des SRG-Trend-Mandats die telefonische Umfrage durch eine Online-Befragung ergänzt, mit dem Ziel die Stichprobengrösse in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz zu erhöhen. Der Online-Teil wurde als opt-in-Befragung (Mitmachbefragung) über die Webportale der SRG SSR Medien realisiert.

Der mittlere Befragungstag war der 9. August 2020, Entscheidungen können jedoch bis am 27. September 2020 noch gefällt werden. Das sind sieben Wochen, während derer ein wesentlicher Teil des Abstimmungskampfes und damit die Formierung des Volkswillens erst noch stattfinden wird.

Keine Aussagen können wir über das Ständemehr machen, denn die Fallzahl lässt gesicherte Rückschlüsse auf die Kantone nicht zu.

SPERRFRIST:	Die Sperrfrist für den aktuellen Bericht ist Freitag, der 21. August 2020, um 17 Uhr. Danach sind die Ergebnisse und der Bericht unter Quellenangaben frei.
--------------------	---

ZITIERWEISE

1. Welle der SRG-SSR-Trendbefragung zu den Volksabstimmungen vom 27. September 2020 vom Forschungsinstitut gfs.bern. Realisiert zwischen dem 3. und dem 17. August 2020 bei 29'540 Stimmberechtigten. Der statistische Fehlerbereich beträgt +/-2.9 Prozentpunkte.

1.2 Hauptergebnisse der 1. SRG-Trendumfragen

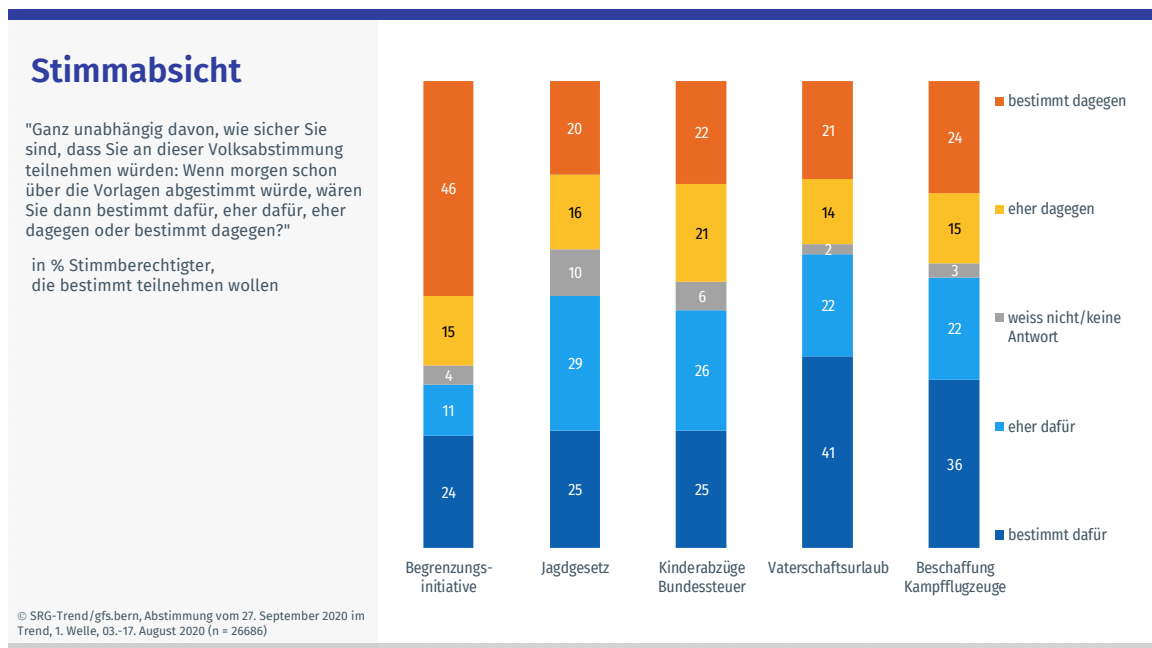
Wäre bereits am 9. August 2020 über die eidgenössischen Volksabstimmungen vom 27. September 2020 entschieden worden, wären die Mehrheitspositionen von Parlament und Bundesrat fünfmal erfolgreich gewesen. Am deutlichsten wären die Erfolge beim Nein zur Begrenzungsinitiative und beim Ja zum Vaterschaftsurlaub ausgefallen. Das Jagdgesetz, die höheren Kinderabzüge bei der Bundessteuer und die Beschaffung der Kampfflugzeuge hätten zwar mehr Widerstand erfahren, wären aber auch angenommen worden.

Die Stimmbeteiligung hätte bei durchschnittlichen 45 Prozent gelegen.

Hier liegt eine Bestandsaufnahme rund sieben Wochen vor dem Abstimmungstag vor. Es ist keine Prognose, sondern eine Ausgangslage zu Beginn der Hauptkampagnen im Abstimmungskampf.

Für die Begrenzungsinitiative, das Jagdgesetz und die Kinderabzüge verfügen wir bereits über Ergebnisse einer ersten SRG-Trendumfrage im Vorfeld der ursprünglich geplanten Abstimmung vom 17. Mai 2020.

Grafik 1



Alle Angaben gelten bei einer 95-prozentigen Wahrscheinlichkeit mit einem Unsicherheitsbereich von ± 2.9 Prozentpunkten. Ein Wert von 50 Prozent kann demnach zwischen 47.1 und 52.9 Prozent variieren, wobei kleinere Abweichungen wahrscheinlicher sind. Grössere Abweichungen, ausserhalb dieser Spannweite, kommen nur mit 5-prozentiger Wahrscheinlichkeit vor. Die Wahrscheinlichkeiten beziehen sich auf die Werte der aktuellen Befragung, nicht auf den Abstimmungsausgang am 27. September 2020.

1.3 Begrenzungsinitiative

Gegenwärtige Stimmabsichten

Anfang August 2020 hätten 61 Prozent der teilnahmewilligen Stimmberechtigten "bestimmt" oder "eher" gegen die Begrenzungsinitiative gestimmt. 35 Prozent wären dafür gewesen. Die Gegnerschaft startet so mit einem Vorsprung von 26 Prozentpunkten in den Hauptabstimmungskampf.

Eine Mehrheit der Teilnahmewilligen geht von der Ablehnung der Initiative am 27. September 2020 aus. Im Mittel schätzen sie den Ja-Anteil auf 45 Prozent.

Berücksichtigt man die Resultate der SRG-Trendumfrage vom März 2020, zeigt sich eine bemerkenswerte weil für eine Initiative atypische Entwicklung: Der Anteil der dezidierten Zustimmung hat sich über den Hauptkampagnenverlauf verfestigt und der Nein-Anteil ist nicht merklich gestiegen.

Stand der Meinungsbildung

Die Begrenzungsinitiative ist bei einem fortgeschrittenen Stand der Meinungsbildung negativ prädisponiert. Hohe 70 Prozent haben bereits eine feste Stimmabsicht: sie sind entweder bestimmt für oder bestimmt gegen die Begrenzungsinitiative. Eher entschieden sind 36 Prozent. Von den 4 Prozent Unschlüssigen neigen 27 Prozent eher ins Ja, 16 Prozent ins Nein und 58 Prozent sind noch ganz unentschieden.

Konfliktmuster

Am stärksten werden die Stimmabsichten zur Begrenzungsinitiative von politischen Grössen bestimmt, doch auch die Sprachregion und sozioökonomische Faktoren sind relevant.

Die bereits im März hohe Zustimmung im SVP-Umfeld hat sich weiter verfestigt. Ansonsten ist der Ja-Anteil nur bei einer weiteren Wählergruppe angestiegen: bei den Parteiungebundenen. Nichts desto trotz bleibt es in dieser Wählergruppe bei einer klar ablehnenden Mehrheit.

In allen anderen Wählergruppen fiel der Trend der Meinungsbildung jedoch zugunsten des Nein aus, womit es bei mehrheitlich ablehnenden Voten aus den Reihen der Grünen, der SP, der CVP und der FDP bleibt.

Alle Wählergruppen sind damit im Einklang mit den Parolen ihrer jeweiligen Parteispitzen und es zeichnen sich keine Elite-Basis-Konflikte ab.

Neben der SVP-nahen Wählerschaft sind Regierungsmisstrauische Bürger*innen als einzige weitere Untergruppe klar für die Initiative (69% eher/bestimmt dafür).

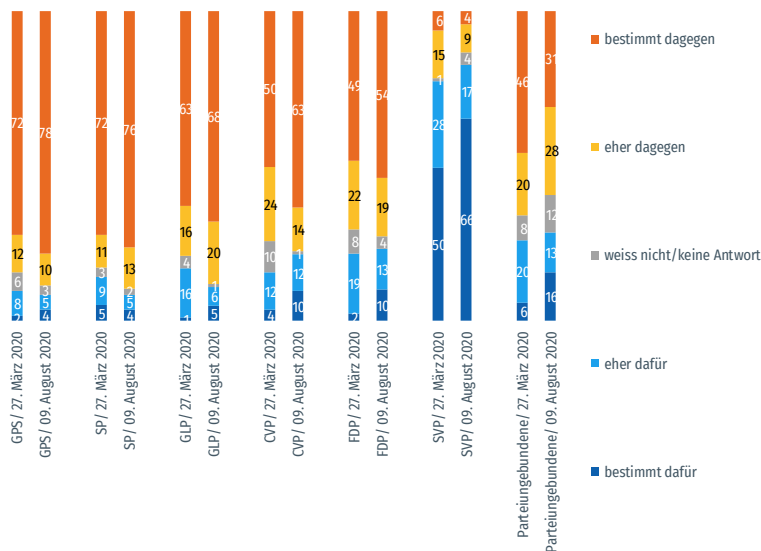
Grafik 2

Trend Persönliche Stimmabsicht nach Parteibindung: Begrenzungsinitiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die 'Begrenzungsinitiative' abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 1. Welle, 03. – 17. August 2020 (n = 26686)



Neben den genannten Gruppen sind keine weiteren gesicherten Mehrheiten im Ja zu finden. Weitreichende Sympathien für die Selbstbestimmungsinitiative finden sich aber bei tieferen sozialen Schichten (z.B. Bildung tief: 45% eher/bestimmt dafür).

Das Vorhaben wird auch in den Sprachregionen der Schweiz unterschiedlich beurteilt. Das «Non» aus der französischsprachigen Schweiz ist deutlich und wird im Trend noch akzentuiert. Auch die Deutschschweizer*innen lehnen die Begrenzungsinitiative mehrheitlich ab. In der italienischsprachigen Schweiz ist die Situation offener, denn die Mehrheitsverhältnisse sind annähernd ausgeglichen und der Trend verläuft Richtung Ja.

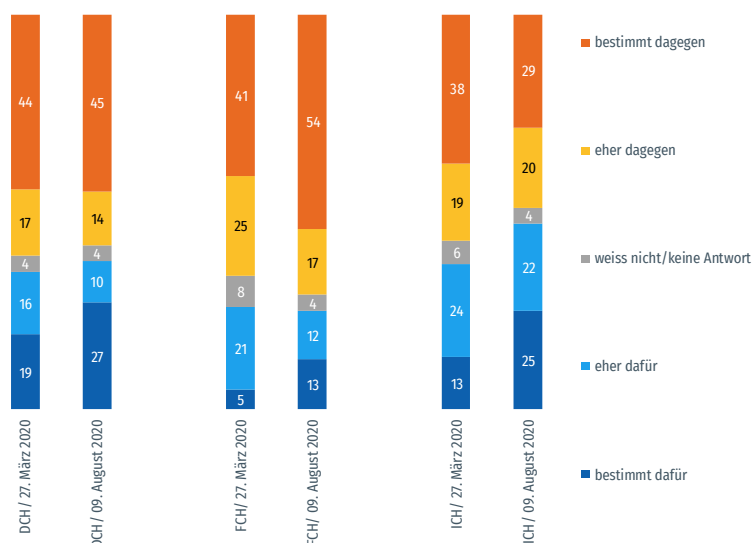
Grafik 3

Trend Persönliche Stimmabsicht nach Sprachregion: Begrenzungsinitiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die 'Begrenzungsinitiative' abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 1. Welle, 03. – 17. August 2020 (n = 26686)



Signifikant sind weiter die Unterschiede in den Stimmabsichten der Siedlungsräume der Schweiz. Der Ja-Anteil ist auf dem Land zwar am höchsten (38% eher/bestimmt dafür) aber selbst dort ist die Begrenzungsinitiative nicht mehrheitsfähig und der Trend verläuft Richtung Nein.

Soziodemographische Faktoren spielen eine untergeordnete Rolle. Frauen wie Männer und junge wie ältere Stimmberechtigte wollen die Begrenzungsinitiative mehrheitlich ablehnen.

Argumente

Der derzeitige Vorsprung der Initiativ-Gegnerschaft widerspiegelt sich auch im Zuspriech zu den Argumenten: Keines der drei getesteten Pro-Argumente ist wirklich mehrheitsfähig. Die Grundidee der Initianten, dass die Schweiz die Zuwanderung wieder selber regeln soll, polarisiert (51% einverstanden vs. 45% nicht einverstanden). Gleiches gilt für das Argument, dass die ungebremste Zuwanderung eine extreme Belastung für unsere Umwelt, die Arbeitnehmenden und die Sozialwerke der Schweiz sei (49%:49%). Dass die EU die übrigen bilateralen Verträge nicht kündigen werde, weil sie mehr davon profitiere als die Schweiz, verwerfen 52 Prozent der Stimmberechtigten.

Hingegen ist die Stimmbürgerschaft mit allen drei getesteten Contra-Argumente mehrheitlich einverstanden. Die Kündigung der Bilateralen verschärfe den Fachkräftemangel (63%) und gefährde den Wohlstand und Arbeitsplätze in der Schweiz (59%). Zudem unterstützen 60 Prozent die Aussage, der bilaterale Weg werde zerstört ohne eine Alternative zu bieten.

Trend in der Meinungsbildung

Das Regelfallszenario für eine Initiative lautet: Mit dem Abstimmungskampf steigt die Ablehnungsbereitschaft einer Volksinitiative. Gleichzeitig sinkt die Zustimmungstendenz. Dieser Normalfall tritt dann nicht ein, wenn es zu einer eigentlichen Protestabstimmung kommt, weil der Problemdruck hoch ist.

Anders als viele Initiativen der jüngeren Vergangenheit startet die Begrenzungsinitiative nicht mit einem Ja-Vorteil. Entsprechend zeigt sich der übliche Nein-Trend nicht so deutlich, wie wir es gewohnt sind. Das hängt mehr mit der starken Prädisponierung der Entscheidung zusammen, als dass sich eine Ausnahmesituation der Meinungsbildung abzeichnen würde. Stimmberechtigte in der Schweiz haben bereits über verschiedene Anliegen zum gleichen Thema und derselben Urheberschaft abgestimmt. Die Meinungen sind also weitgehend bereits gemacht.

Die Festigkeit des vorgefundenen Meinungsbildes schränkt den Spielraum für einen Wechsel der Mehrheitsverhältnisse ein. Offengelassen werden muss, wie die Stimmenverhältnisse im Detail ausfallen werden.

Aktuell spricht nichts dafür, dass wir es mit einem Ausnahmefall der Meinungsbildung zu einer Initiative zu tun hätten. Nicht ausgeschlossen werden kann jedoch ein Ereignis, dass die Kraft hat, die Stimmungslage zu kippen und diese erwähnte Proteststimmung noch herbeizuführen. Die Zusammensetzung der Teilnehmewilligen ändert sich dann

zugunsten der Initiative oder es entsteht ein kurzfristiger Meinungswandel im Sinne des Zeichensetzens.

STICHWORTE FÜR DIE BERICHTERSTATTUNG

- negativ vorbestimmte Initiative welche von früh lancierten und intensiven Kampagnen auf beiden Seiten begleitet wurde
- Meinungsbildung bei einer Nein-Mehrheit und einem Nein-Trend fortgeschritten. Unterstützung des Vorhabens stammt aus den Reihen der SVP und von Regierungsmisstrauischen. Darüber hinaus hat das Anliegen jedoch kaum Strahlkraft.
- Tiefe soziale Schichten und italienischsprachige Schweiz haben bei Nein-Mehrheiten erhöhte Zustimmungswerte
- Nur eines der drei getesteten Pro-Argumente knapp mehrheitsfähig: Schweiz soll Zuwanderung wieder selber regeln. Alle Contra-Argumente mehrheitsfähig.
- Hauptkonflikt: Schweiz soll Zuwanderung wieder selber regeln vs. Schäden für die Wirtschaft
- Tritt der Normalfall der Meinungsbildung zu Initiativen ein (sinkende Zustimmung, steigende Ablehnung) scheitert die Begrenzungsinitiative an der Urne.
- Für den Moment keine Hinweise auf einen Spezialfall der Meinungsbildung (Protestabstimmung)

1.4 Änderung des Jagdgesetzes

Gegenwärtige Stimmabsichten

Die Stimmabsichten Anfang August zur Revision des Jagdgesetzes zeigen eine knappe Mehrheit von 54 Prozent der Stimmbürger*innen, die teilnehmen und bestimmt oder eher Ja legen wollen. 26 Prozent des Stimmvolkes stellen sich auf die Nein-Seite, womit in der Ausgangslage die Ja-Seite klar im Vorteil ist. Zehn Prozent der Stimmbürger*innen mit fester Teilnahmeabsicht sind noch unentschieden. Vergleicht man den Stand mit der Situation während des Lockdowns im März 2020, so hat die Ja-Seite innerhalb des Stichprobenfehlers minim zugelegt. Die Mehrheit der Stimmenden geht von einer Annahme der Vorlage aus.

Stand der Meinungsbildung

Die Pro-Seite hat zwar rund neun Wochen vor dem Abstimmungstermin einen gewissen Vorsprung. 45 Prozent wollen entweder bestimmt für oder bestimmt gegen das Jagdgesetz stimmen. Trotz medialen Debatten zum Jagdgesetz bereits im Vorfeld der verschobenen Abstimmung vom 17. Mai 2020, ist der Stand der Meinungsbildung wie schon in der Befragung vom März 2020 erst tief bis mittel.

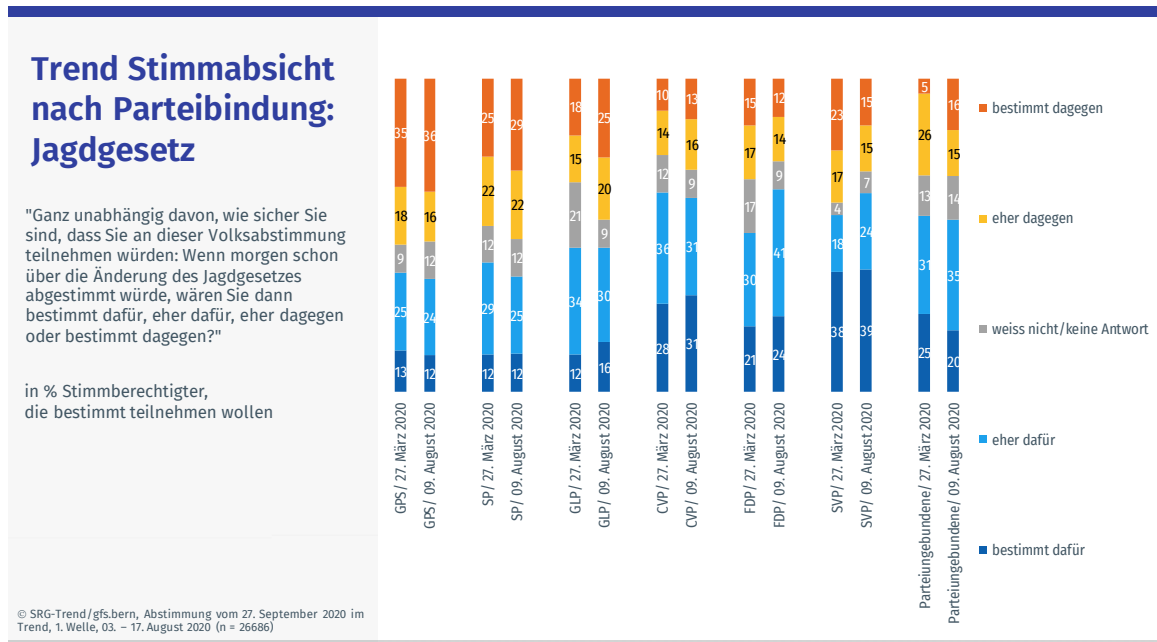
Konfliktmuster

Die Konfliktlinien sind erst leicht ausgeprägt. Die Parteiparolen wirken sich noch wenig auf die geäusserten Stimmabsichten aus. Erwartungsgemäss unterstützen Anhänger*innen von SP und Grünen die Position des Referendums-Komitees aus Umweltschutzkreisen gegen das Jagdgesetz. Über ein Drittel der Anhängerschaften von Grünen und Sozialdemokraten sind jedoch zurzeit für die Revision.

Umgekehrt gilt für die SVP, FDP und CVP, dass ihre Anhängerschaften zwar mehrheitlich für die Vorlage stimmen wollen, jedoch jeweils ungefähr ein Drittel gegen das Jagdgesetz stimmen will. Auch an der Basis gibt es also Konflikte.

Im Unterschied zur GLP-Anhängerschaft und zu Parteiungebundenen, wo sich tendenziell das Nein aufbaut, schliessen sich zurzeit die Reihen hinter den Ja-Parolen der bürgerlichen Regierungsparteien.

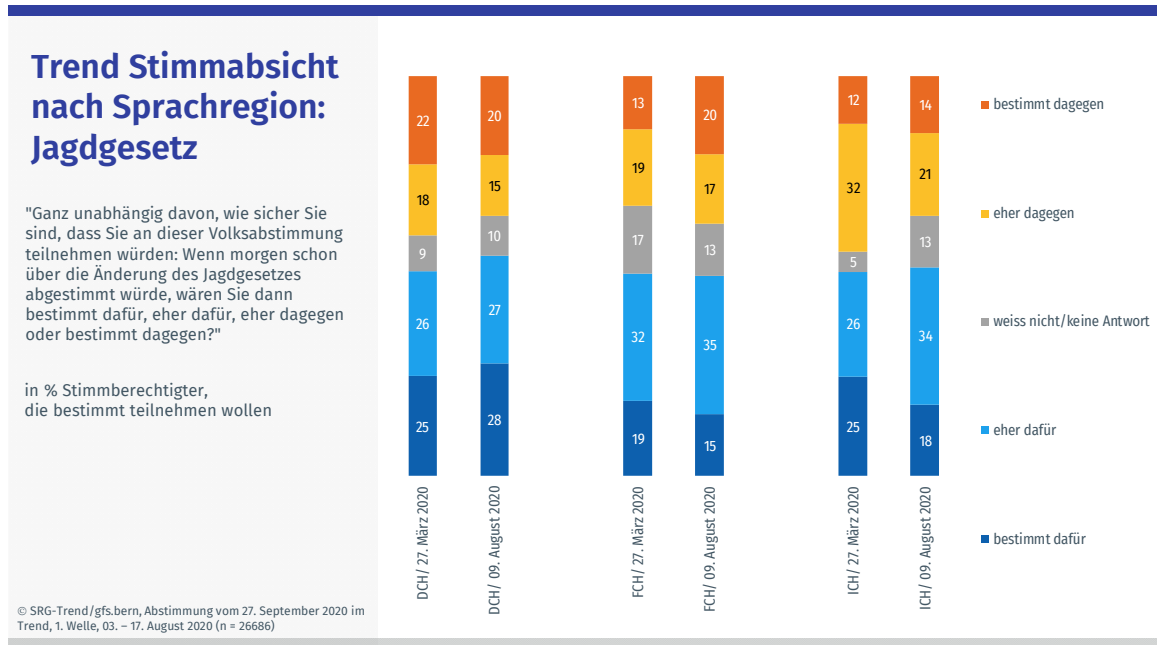
Grafik 4



Sozioökonomischen Faktoren spielen bei dieser Vorlage eine untergeordnete Rolle. Sämtliche Bevölkerungsgruppen sind derzeit mehrheitlich im Ja-Lager. Das Gleiche gilt für die drei grössten Sprachregionen der Schweiz.

In der lateinischsprachigen Schweiz ist die Meinungsbildung etwas weniger weit fortgeschritten, die Werte in der Ausgangslage sieben Wochen vor der Abstimmung sind jedoch vergleichbar: Einer knappen Mehrheit, die zum Ja neigt, steht eine formierte Gegnerschaft entgegen, die über ein Drittel ausmacht.

Grafik 5



Ein Stadt-Land-Graben ist in Ansätzen erkennbar: vor allem im ländlichen Raum startet die Ja-Seite mit einem komfortablen Vorsprung. Im städtischen Raum besteht lediglich eine knappe Ja-Mehrheit. Das gleiche gilt für die Stimmabsichten der Frauen, die zu 51 Prozent bestimmt oder eher Ja stimmen wollen. Die Männer neigen mit 58 Prozent deutlicher der Ja-Seite zu.

Trend in der Meinungsbildung

Die Vorlage ist schwach positiv prädisponiert und startet mit einem labilen Vorsprung in die Phase der Hauptkampagne. Somit bestehen Unsicherheiten, welche Informationen und Argumente beim Stimmentscheid massgebend sein werden.

Bei fünf Abstimmungsvorlagen könnte das Jagdgesetz im Vergleich zu anderen Debatten etwas in den Hintergrund gedrängt werden, was die Vorteile der Ja-Seite verstärkt. Dafür spricht neben dem Trend der Meinungsbildung auch die Erwartung einer Annahme der Stimmenden selbst. Da die Vorlage aber nur schwach vorbestimmt ist, können Emotionen kurzfristig den Ausgang mitbestimmen. Hier sind vor allem Städter*innen und Bewohner*innen der Agglomerationen interessant, die sich politisch nicht links verorten, aber den Tierschutz hoch gewichten. Zwar ist der Widerstand gegen die Vorlage breit vorhanden, er weitet sich aber bisher noch wenig aus, obwohl die Gegnerschaft im Sommer aktiv war.

STICHWORTE FÜR DIE BERICHTERSTATTUNG

- Vorsprung der Ja-Seite in der Ausgangslage bei tiefem bis mittlerem Stand der Meinungsbildung.
- Links-Rechts-Polarität vorhanden, aber auch andere Faktoren wichtig: SP und Grüne neigen der Nein-Seite zu, FDP, CVP und SVP dem Ja. Jeweils im Bereich von einem Drittel, welche der Parole der eigenen Partei (noch) nicht Folge leisten will.
- Vorteile der Ja-Seite in allen Sprachregionen, wobei in der lateinischsprachigen Schweiz die Meinungsbildung noch weniger fortgeschritten ist.
- Vorteile der Vorlage auf dem Land und bei Männern, nur knappe Mehrheiten dagegen bei Frauen und Städter*innen.
- Bisher wenig erkennbarer Erfolg der gut organisierten Nein-Seite auf die Meinungsbildung erkennbar. Ohne steigende Emotionalität und im Kontext der vier anderen Vorlagen bestehen Vorteile für die Ja-Seite.

1.5 Steuerabzüge für Kinder

Gegenwärtige Stimmabsichten

Die Steuerabzüge für Kinder hätten am 8. August 2020 eine knappe Zustimmungsmehrheit gefunden: 51 Prozent der befragten Stimmberechtigten mit fester Teilnahmeabsicht hätten ein ja in die Urne gelegt, 43 Prozent ein Nein.

Der Vorsprung der Ja-Seite ist knapp (8%) und es finden sich viele lediglich tendenziell Entschiedene (47%) oder Unentschiedene (6%) unter den Teilnehmewilligen.

In dieses Bild passt die knappe Einschätzung des Abstimmungsausgangs: Der Ja-Anteil für den 27. September wird im Mittel auf 51 Prozent geschätzt. Die Stimmberechtigten gehen also von einer knappen Annahme aus.

Stand der Meinungsbildung

Das Meinungsbild ist noch wenig gefestigt (47% fest Entschiedene), wovon die 6 Prozent Unentschiedenen zusammen mit den 47 Prozent tendenziell Entschiedenem zeugen. In Kombination mit dem lediglich knappen Vorsprung der Ja-Seite wird deutlich, dass die Hauptkampagnenphase für den Abstimmungsausgang entscheidend sein wird.

Konfliktmuster

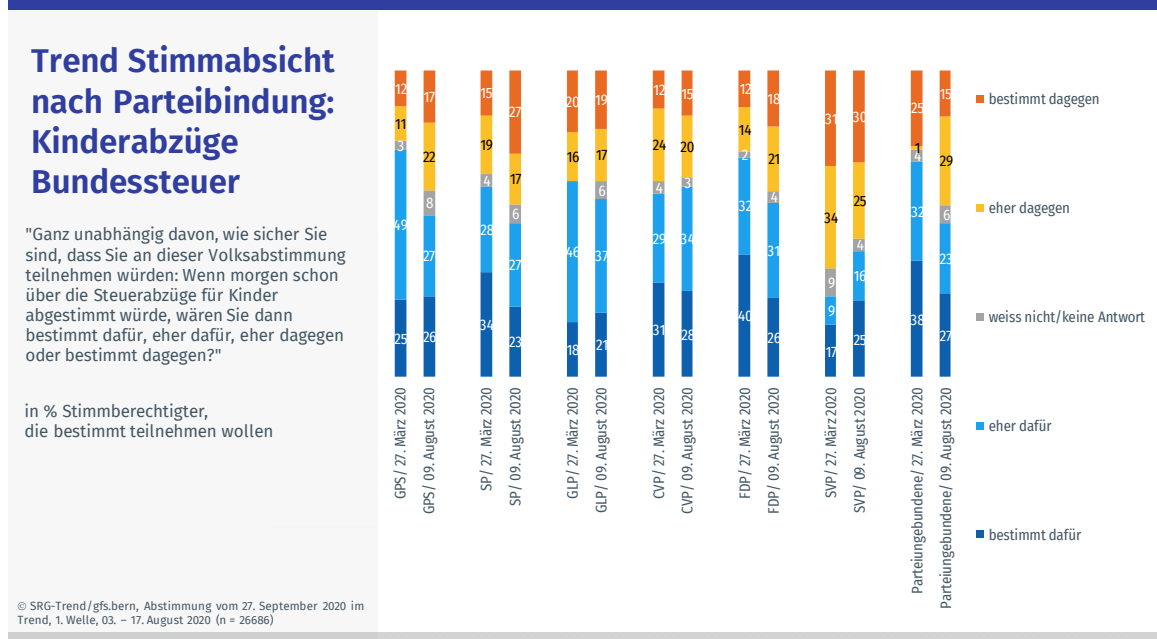
Das Konfliktmuster zu den Steuerabzügen für Kinder ist von Betroffenheit respektive erwartbarem Nutzen der Vorlage und von politischen Grössen geprägt.

Das parteipolitische Konfliktmuster war im März noch entlang der Links-Rechts-Achse aufgespannt: Linke und Mitte-Wählerschaften sprachen sich zusammen mit Parteigebundenen Teilnehmewilligen deutlich für die Vorlage aus, SVP-nahe Wähler*innen dagegen. Damit standen die Wählerschaften der Grünen, der SP, der GLP und der SVP mehrheitlich nicht auf der Seite ihrer jeweiligen Parteispitzen. Allerdings zeigt der

Trend, dass ein Angleich der Parteibasis an die Position der Partieliten im Gang ist. Im Links-grünen Lager sinken die Zustimmungsmehrheiten und sind nun nur noch knapp im Ja. Ebenso bei Parteiungebundenen. Die Stimmabsichten der Mitte-Wählerschaften erweisen sich als stabil im Ja.

Die Trends zeigen, dass die Meinungsbildung noch bei weitem nicht abgeschlossen ist und die existierenden Differenzen zwischen den Parteibasen und -eliten sprechen dafür, dass sich noch grössere Verschiebungen in den Stimmabsichten einstellen könnten.

Grafik 6

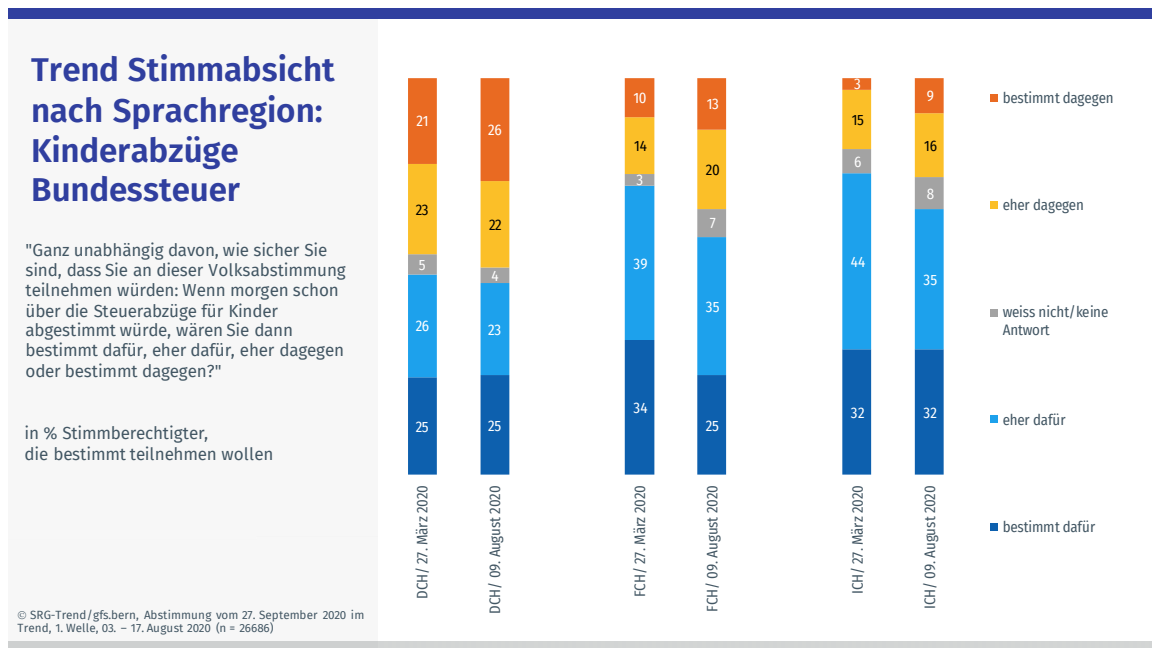


Auch das Regierungsvertrauen erweist sich als relevant. Wer der Regierung vertraut ist grundsätzlich für Steuerabzüge für Kinder (56% eher/bestimmt dafür), wer ihr Misstraut dagegen (53% eher/bestimmt dagegen).

Zustimmen wollen ausserdem Teilnahmewillige unter 65 Jahren (18-39: 58%, 40-64: 53%, 65+: 44% eher/bestimmt dafür) sowie hohe Bildungs- und Einkommensgruppen (Bildung tief: 43%, mittel: 47%, hoch: 54% eher/bestimmt dafür).

Knapp mehr als die Hälfte der Deutschschweizer*innen haben eine feste Meinung zur Vorlage. Gegner*innen und Befürworter*innen halten sich die Waage. Anders in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz, wo sich deutliche Mehrheiten für das Vorhaben aussprechen, die Meinungsbildung jedoch zurückbleibt. Die Trends verlaufen flächendeckend zu Ungunsten der Vorlage; in der lateinischsprachigen Schweiz jedoch deutlicher als in der Deutschschweiz.

Grafik 7



Trend in der Meinungsbildung

Die Entscheidung über Steuerabzüge für Kinder ist nur schwach bis nicht prädisponiert, was sich am tiefen Anteil Festentschiedener und dem knappen Mehrheitsverhältnis zeigt. Der Abstimmungskampf wird bei dieser Entscheidung wegweisend sein, weshalb es schwierig ist, die Entwicklung der Meinungsbildung bis zum 27. September vorwegzunehmen.

Für den weiteren Meinungsverlauf zur Vorlage sind grundsätzlich drei Szenarien denkbar. Erstens: Die Meinungsbildung passt sich einseitig der Behördenposition an. Der Ja-Anteil steigt, während der Nein-Anteil sich bestenfalls halten kann. Aufgrund der schwach positiven Prädisposition würde die Vorlage entsprechend angenommen.

Zweitens könnte die Vorlage stärker polarisieren, womit der Ja-, wie auch der Nein-Anteil im Verlauf des Abstimmungskampfes steigen würden. Aufgrund der positiven Prädisposition würde die Vorlage auch in diesem Fall angenommen.

Drittens könnte eine einseitige Polarisierung Richtung Nein einsetzen, wenn die Gegnerschaft argumentativ die Oberhand gewinnt. Aufgrund des knappen Vorsprungs der Ja-Seite wäre eine Umkehr der Mehrheitsverhältnisse durchaus denkbar.

Der vorgefundene Trend entspricht am ehesten dem dritten Szenario. Allerdings existieren aufgrund der speziellen Umstände aufgrund der Corona-Krise und dem grossen Abstand zwischen den beiden Befragungen erhebliche Unsicherheiten in der Interpretation dieses Trends. Erst mit der zweiten (regulären) SRG-Trendumfrage unter Kenntnis der Dynamik der Meinungsbildung während der Kampagnenphase werden genauere Einschätzungen zum Abstimmungsausgang möglich. Vorerst muss die Entscheidung als offen eingestuft werden.

STICHWORTE FÜR DIE BERICHTERSTATTUNG

- knapper Vorsprung der Ja-Seite in der Ausgangslage bei tiefem bis mittlerem Stand der Meinungsbildung
- SVP im Nein, alle anderen Wählergruppen (noch) im Ja. Elite-Basis-Konflikte bei SVP, GPS, SP und GLP, Trend verweist allerdings auf Angleich an Parteiparolen
- Regierungsmisstrauische, Pensionierte, Tiefgebildete, Haushaltseinkommen 5-7'000 CHF im nein, Patt bei tieferen Einkommen und in der Deutschschweiz
- Insgesamt verhaltener Start, Hauptkampagnenphase wird das Rennen entscheiden. Im Normalfall ist eine Zunahme oder Stagnation des Ja-Anteils im Verlauf des Abstimmungskampfes zu erwarten. Im Ausnahmefall gewinnt die Gegnerschaft die Deutungshoheit und der Nein-Anteil steigt. Ausgang vorerst offen.

1.6 Vaterschaftsurlaub

Gegenwärtige Stimmabsichten

Eine klare Mehrheit von 63 Prozent der Teilnehmewilligen will "bestimmt" oder "eher" für die Einführung eines zweiwöchigen Vaterschaftsurlaubes stimmen. 35 Prozent äussern sich eher oder klar dagegen. Nur 2 Prozent sind noch unentschieden. Der Vorsprung der Ja-Seite beträgt in der Ausgangslage 28 Prozentpunkte.

Die Erwartung der Stimmenden ist relativ deutlich, dass der Vaterschaftsurlaub angenommen wird.

Stand der Meinungsbildung

Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt des Abstimmungskampfes ist der Stand der Meinungsbildung fortgeschritten. 62 Prozent der Stimmbürger haben sich bereits eine feste Meinung zur Vorlage gebildet und auch hier führt die Ja-Seite mit 41 zu 21 Prozent deutlich.

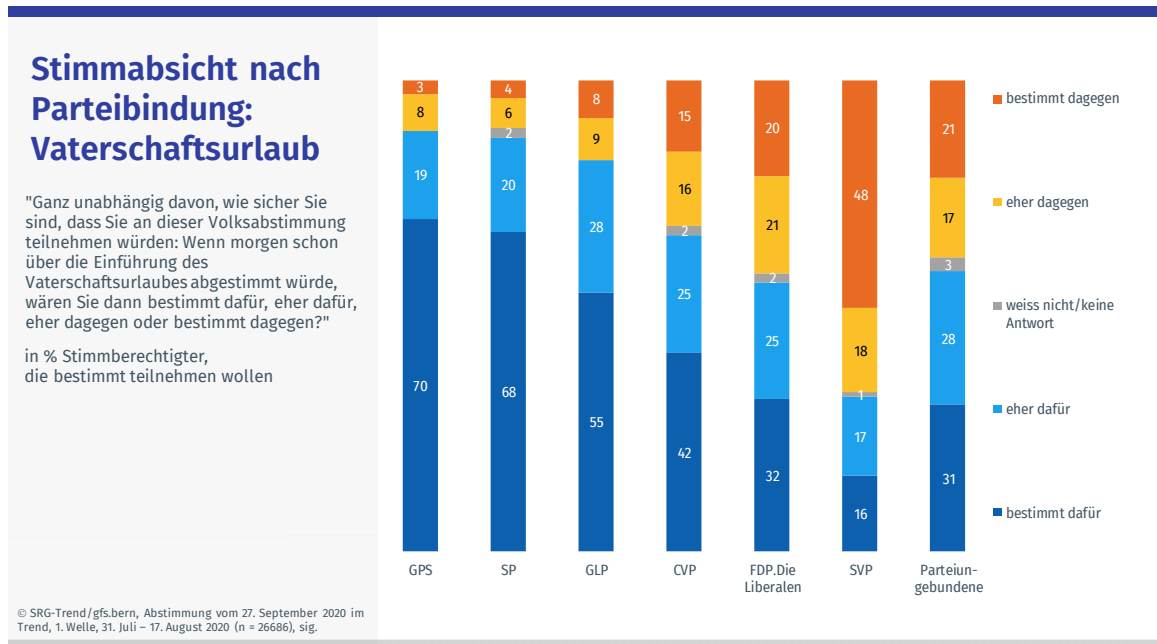
Auch wenn die Hauptkampagnenphase erst gerade beginnt, reduziert das eindeutig positive und bereits gefestigte Meinungsbild die Wahrscheinlichkeit von grösseren Verschiebungen in den Stimmabsichten.

Konfliktmuster

Das Konfliktmuster zum Vaterschaftsurlaub ist primär politisch und sozioökonomisch geprägt, denn die (bisher) einzigen mehrheitlich ablehnenden Gesellschaftsgruppen sind SVP-Wähler*innen, regierungsmisstrauische Kreise und tief Gebildete. Ansonsten herrscht - zumindest in der Ausgangslage - breiter gesellschaftlicher Konsens in der Frage des Vaterschaftsurlaus.

Bei keiner Partei gibt es derzeit einen Elite-Basis Konflikt. Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass grosse Verschiebungen in den Mehrheitsverhältnissen eher nicht zu erwarten sind.

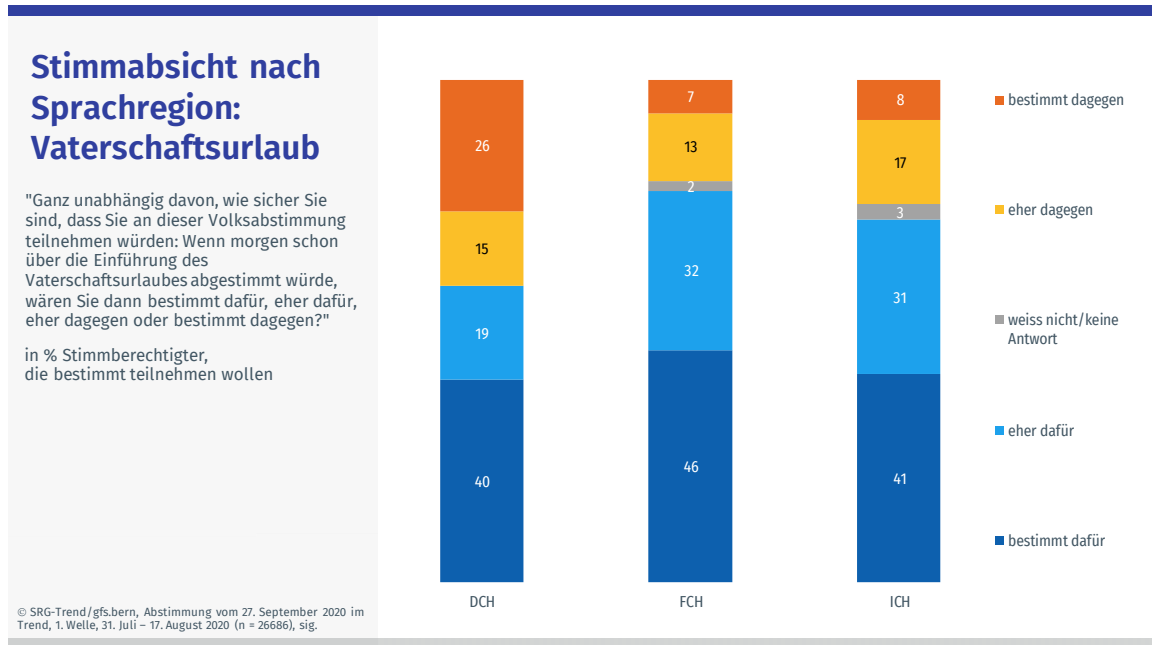
Grafik 8



Bürger*innen, welche der Regierung grundsätzlich vertrauen, unterstützen die Vorlage deutlich (71% eher/bestimmt dafür). Bürger*innen die jedoch der Regierung misstrauen, sind gegen die Einführung eines Vaterschaftsurlaubes (56% eher/bestimmt dagegen).

Das Meinungsbild erweist sich über die Sprachgrenzen hinweg als gefestigt und fällt überall zugunsten des Vaterschaftsurlaubes aus. Am höchsten ist die Zustimmung in der französischsprachigen, gefolgt von der italienischsprachigen Schweiz. Mehrheitlich ist die Zustimmung auch in der Deutschschweiz, allerdings zeigt sich dort am ehesten Widerstand gegen die Vorlage.

Grafik 9



Signifikant sind zudem die Unterschiede nach Geschlecht und Alter. Dabei gilt, dass Männer wie Frauen den Vaterschaftsurlaub mehrheitlich annehmen wollen, Frauen jedoch deutlicher als Männer (67% vs. 60% eher/bestimmt dafür). Ausserdem gibt es einen Zusammenhang zur Generationen- respektive zur Betroffenheitsfrage. Die Zustimmung der jüngsten Altersgruppe ist der Vorlage sicher, dann nimmt sie mit zunehmendem Alter ab (18-39: 77%, 40-64: 63%, 65+: 54% eher/bestimmt dafür).

Und letztlich spielen auch sozioökonomische Faktoren eine Rolle, wobei der Bildungsstand wichtiger ist als das Einkommen. Tief Gebildete hätten den Vaterschaftsurlaub nämlich mehrheitlich abgelehnt (tief: 46%, mittel: 55%, hoch: 67% eher/bestimmt dafür).

Argumente

Die Idee des Vaterschaftsurlaubs überzeugt vor allem, weil man findet es sei höchste Zeit für eine gleichberechtigte und fortschrittliche Familienpolitik (65% eher/voll einverstanden). Auch das Argument, dass Väter durch den Vaterschaftsurlaub eine engere Bindung zu ihren Kindern aufbauen und das prägend sei für die künftige Beziehung, wird mehrheitlich geteilt (63%), ist aber weniger relevant für einen Stimmentscheid.

Die Contra-Seite überzeugt weniger. Wenn sie argumentiert, dass ein Vaterschaftsurlaub zu teuer sei und die Wirtschaft durch höhere Sozialabgaben belaste, widerspricht ihr eine Mehrheit der Stimmberechtigten (54% eher/überhaupt nicht einverstanden). Gleiches gilt für das Argument, dass es keinen staatlichen Vaterschaftsurlaub brauche, weil ja jeder einfach Ferien nehmen könne (59% eher/überhaupt nicht einverstanden).

Alle Argumente erweisen sich als relevant für einen Stimmentscheid zum Vaterschaftsurlaub und gemeinsam erklären sie gemäss Wirkungsanalyse 81 Prozent eines individuellen Stimmentscheides. Damit sind die hier festgehaltenen Stimmabsichten argumentativ untermauert und weitaus mehr als Bauchentschiede.

Trend in der Meinungsbildung

Der Zustimmungswert zum Vaterschaftsurlaub dürfte sich nicht mehr dramatisch verändern. Erstens ist der Vorsprung der Ja-Seite mit 28 Prozentpunkten hoch. Zweitens sind die geäusserten Stimmabsichten bereits in diesem frühen Stadium des Abstimmungskampfes gefestigt. Drittens herrscht mit nur drei ablehnenden Bevölkerungsgruppen (SVP-Wählerschaft, Regierungskritische und Tiefgebildete) relativ breiter gesellschaftlicher Konsens in der Frage des Vaterschaftsurlaubes. Und viertens stimmen die Stimmabsichten mit den Haltungen zu den Pro- und Contra-Argumenten weitestgehend überein.

Ein Ja zum Vaterschaftsurlaub ist bei der vorgefundenen Ausgangslage das wahrscheinliche Szenario für den 27. September 2020. Einschätzungen zur Höhe des Ja-Anteils werden aber frühestens mit der zweiten SRG-Trendumfrage unter Kenntnis der Dynamik der Meinungsbildung möglich.

Einzig wenn die Gegnerschaft im Verlauf der Hauptkampagne noch die Oberhand gewinnen sollte, könnte eine einseitige Polarisierung Richtung Nein einsetzen. Aufgrund des grossen Vorsprungs der Ja-Seite und der Erstbeurteilung der Argumente wäre eine Umkehr der Mehrheitsverhältnisse aber selbst in diesem Fall eine grosse Überraschung.

STICHWORTE FÜR DIE BERICHTERSTATTUNG

- Vorsprung der Ja-Seite in der Ausgangslage bei fortgeschrittenem Stand der Meinungsbildung
- Parteipolitisches Konfliktmuster SVP vs. Rest. Hohe Zustimmung von GPS, SP und GLP, mehrheitliche von CVP, FDP und Parteiungebundenen
- Regierungsmisstrauische und Tiefgebildete im Nein, erhöhte Nein-Anteile bei Ja-Mehrheit in der Deutschschweiz, bei Pensionierten, mittlerer Bildung, Haushaltseinkommen 5-7000 CHF
- Beide getesteten Pro-Argumente sind mehrheitsfähig, Contra-Argumente werden mehrheitlich abgelehnt. Zentraler Konflikt: Fortschrittliche, gleichberechtigte Familienpolitik vs. wirtschaftliche Tragbarkeit
- Komfortable Ausgangslage für den Vaterschaftsurlaub, wobei im Normalfall Anzeichen der Stimmabsichten an die Behördenposition zu erwarten ist (also ans Ja). Eine Annahme des Vaterschaftsurlaubes ist das realistischere Szenario für den 27. September, denn selbst wenn die Gegnerschaft in der Hauptkampagnenphase noch zu überzeugen vermag, könnte die den Ja-Vorsprung kaum noch einholen

1.7 Beschaffung Kampfflugzeuge

Gegenwärtige Stimmabsichten

Rund zwei Monate vor der Abstimmung wollen die Stimmbürger*innen mit einer Mehrheit von 58 Prozent der Teilnehmewilligen "bestimmt" oder "eher" für den Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge stimmen. Mit dem Vorhaben bestimmt oder eher nicht einverstanden sind 39 Prozent.

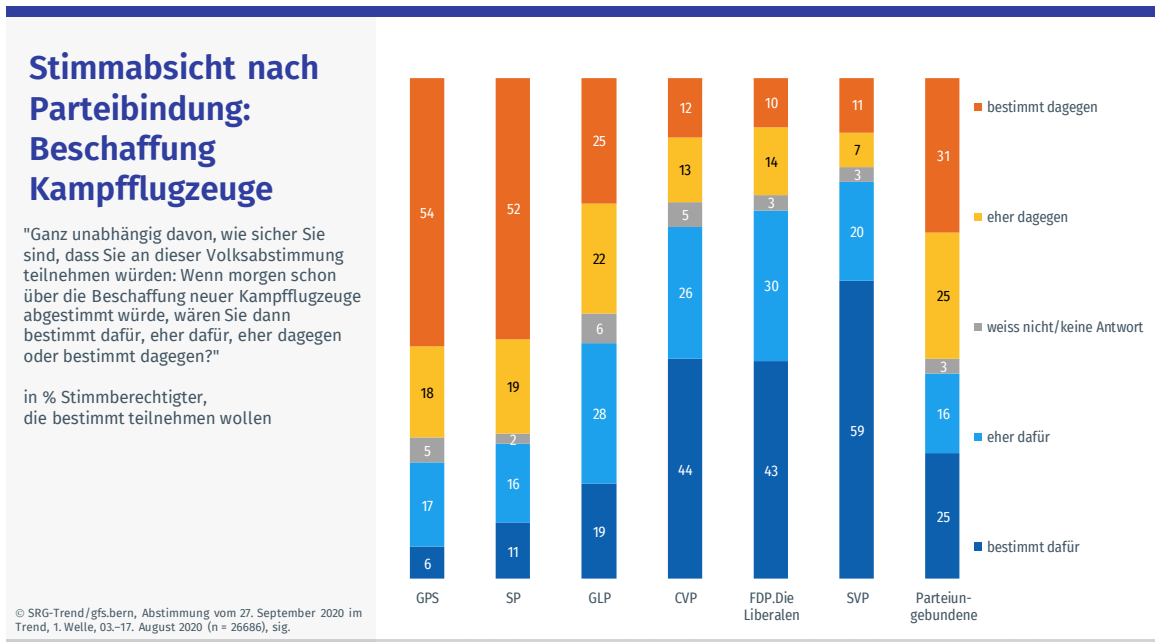
Stand der Meinungsbildung

Sechs von zehn Stimmberechtigten sind entschieden, teilzunehmen und wollen bestimmt dafür oder bestimmt dagegen stimmen. Nur drei Prozent wollen teilnehmen, wissen aber nicht, was sie stimmen werden. Das spricht für eine mittel bis hoch fortgeschrittene Meinungsbildung.

Konfliktmuster

Die Anhängerschaften der bürgerlichen Regierungsparteien sind überwiegend für die Erneuerung der Flotte der Luftwaffe, während Anhänger*innen von Grünen und SP im Verhältnis von etwa 1:3 dagegen sind. Hier zeichnet sich eine scharfe Links-Rechts-Polarität ab. Die GLP-Anhängerschaft positioniert sich sprichwörtlich zwischen den Polen: 47 Prozent wollen der Ja-Parole der GLP-Delegierten folgen, 47 Prozent neigen allerdings dem Nein zu. Eine kritische Gruppe sind ausserdem die Parteiungebundenen: Sie wollen zurzeit mehrheitlich gegen die Beschaffung stimmen.

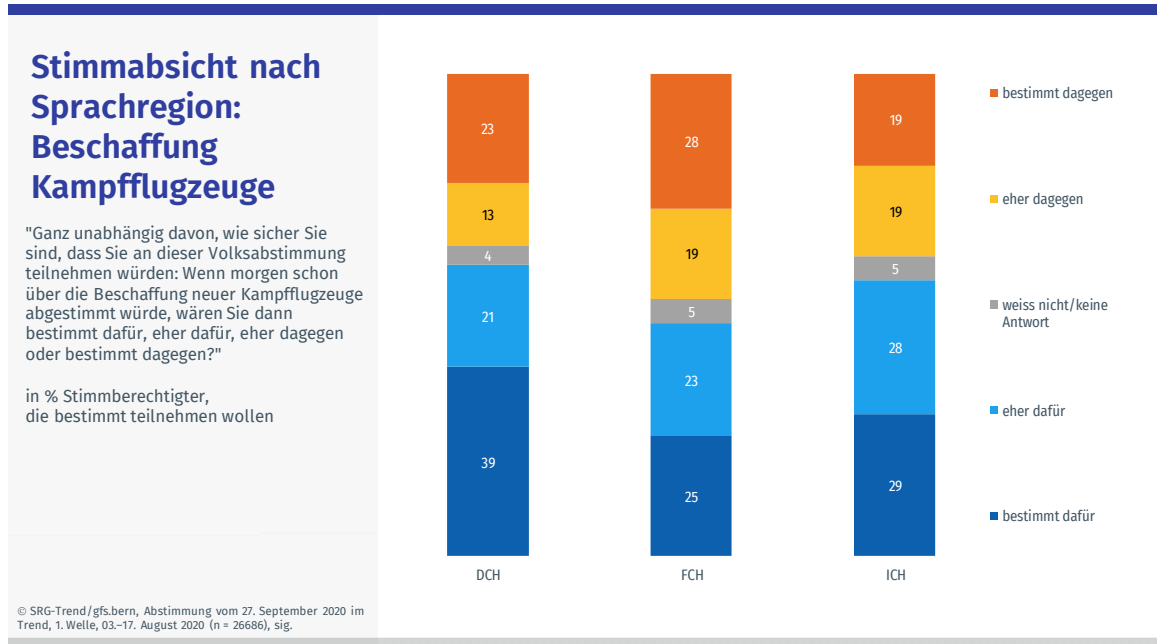
Grafik 10



In den Sprachregionen wird die Vorlage unterschiedlich beurteilt. Offensichtlich kontrovers ist die Ausgangslage in der französischsprachigen Schweiz, wobei keine Seite zurzeit eine Mehrheit hat. Deutlich ist der Vorteil für den Bundesbeschluss in der deutschsprachigen Schweiz. In der italienischsprachigen Schweiz ist die Situation etwas offener

als in der deutschsprachigen Schweiz, die Ja-Seite startet aber mit einem ansehnlichen Vorsprung in die Schlussphase der Kampagne.

Grafik 11



Während die Vorlage in den Städten kontrovers beurteilt wird, und die Ja-Seite nur einen geringen Vorsprung hat, reduziert sich die Nein-Seite auf dem Land und in den Agglomerationen auf ein gutes Drittel der bisher mobilisierten Stimmberechtigten. Ein für militärpolitische Anliegen nicht untypischer Graben zwischen den Geschlechtern zeichnet sich ab: Frauen sind zurzeit zu 50 Prozent für die Beschaffung, Männer zu 64 Prozent. Zum typischen Geschlechter-Graben kommt aber auch ein Generationenkonflikt hinzu. 18-39jährige sind bisher erst zu 48 Prozent für die Kampfjetbeschaffung, während über 65jährige zu 64 Prozent Ja stimmen wollen.

Ein Hinweis auf eine finanzpolitische Beurteilung der Vorlage, gerade angesichts der Corona-Herausforderungen, liefert schliesslich die differenzierte Betrachtung nach den beiden Schicht-Indikatoren: Während sich entlang der Schulbildung kein deutlicher Graben ergibt, wollen vor allem Haushalte mit tieferen Einkommen verstärkt gegen die Vorlage stimmen.

Insgesamt bestehen bei der Kampfjetbeschaffung deutliche Konfliktlinien, die sich soziologisch, sozioökonomisch, regional und politisch äussern. Diese Ausgangslage ermöglicht intensive Debatten.

Argumente

Bei der Beurteilung der Pro-Argumente bestätigt sich die Feststellung, dass zwei Drittel der mobilisierbaren Stimmberechtigten mehr oder weniger deutlich hinter dem Prinzip einer modernen Luftwaffe stehen. 64 Prozent der aktuell Teilnahmewilligen unterstützen das Argument, dass eine schlagkräftige Luftwaffe zur Armee gehört. 67 Prozent se-

hen diese Notwendigkeit einer autonomen Luftverteidigung auch angesichts der Neutralität der Schweiz. 65 Prozent sind schliesslich mit dem Argument einverstanden, dass ohne Flottenersatz der Luftraum ab 2030 ungeschützt sei.

Die Nein-Seite hat zurzeit kein mehrheitsfähiges Argument unter den Teilnehmewilligen. Sie kann dennoch weit über das klassisch linke Lager hinaus mit Inhalten punkten. Damit besteht auch inhaltlich Raum für eine Ausweitung der Kontroverse. Das am meisten unterstützte Nein-Argument betrifft die Krisensituation. 47 Prozent wünschen sich in dieser Situation, dass das Geld für andere Zwecke verwendet wird. 46 Prozent stimmen dem Argument zu, dass das Stimmvolk die Katze im Sack kauft. Einen leichten Kampfjet mit Vorteilen im Bereich Umwelt und Finanzen, sehen 45 Prozent als interessante Alternative.

In der Wirkungsanalyse polarisiert vor allem das Corona-Argument: Die verbreitete Kritik an der Vorlag - gerade von Parteiungebundenen - ist finanzpolitisch motiviert und mit der Situation erklärbar. Der grosse Unterschied zur Gripen-Abstimmung ist jedoch das breit wirksame Ja-Argument, dass bei einem Nein der Schweizer Luftraum ungeschützt ist und nun eine Beschaffung nötig ist.

Trend in der Meinungsbildung

Die Vorlage ist deutlicher positiv vorbestimmt als dies angesichts der letzten Beschaffungsvorlage zu erwarten wäre. Inhaltlich wissen die Stimmberechtigten recht genau, was zur Debatte steht, was nicht nur am vergleichsweise erhöhten Stand der Meinungsbildung erkennbar ist, sondern auch am hohen Grad der Polarisierung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Gruppen.

2014 war die Notwendigkeit eines Teilersatzes genauso umstritten wie die Typenwahl zugunsten des Gripen. Die Umstände haben sich nun gedreht. Die etwa zwei Drittel der Stimmberechtigten, die prinzipiell für eine moderne und autonome Luftwaffe der Schweiz sind, sehen nun zu ähnlichen Anteilen, dass ohne Flottenerneuerung in zehn Jahren der Luftraum der Schweiz ungeschützt ist. Das erklärt die gute Ausgangslage für das Beschaffungsvorhaben.

Zwar ist eine weitere Polarisierung wahrscheinlich, der Raum für Verschiebungen in Richtung Nein ist allerdings eher gering. Unsicherheiten bestehen wegen der Krisensituation. Zurzeit polarisiert dieses Argument, wodurch sich einige gerade wegen der Krise auch für die Beschaffung aussprechen könnten. Überwiegen jedoch mehr und mehr finanzpolitische Motive, so kann die Nein-Seite wegen der Corona-Krise allenfalls noch deutlicher über das linke Lager hinaus punkten.

STICHWORTE FÜR DIE BERICHTERSTATTUNG

- Vorsprung der Ja-Seite bei bereits mittel fortgeschrittenem Stand der Meinungsbildung.
- Hohe Polarisierung zwischen politischen und gesellschaftlichen Lagern, aber nur SP- und Grünen-Anhängerschaften neigen klar dem Nein zu. Neben den linken Parteienhängerschaften sind ausserdem Parteiungebundene knapp mehrheitlich im Nein. Die GLP-Anhängerschaft ist gespalten.
- Ein Ja in der französischsprachigen Schweiz ist alles andere als sicher.
- Argumentativ bestehen deutliche Vorteile für die Ja-Seite: Die allgemeine Unterstützung für eine eigene Luftwaffe ist verbunden mit der breit anerkannten Notwendigkeit die Flotte bis 2030 zu erneuern. Auf der Nein-Seite ist kein Argument mehrheitsfähig. Das in Krisenzeiten andere Prioritäten gesetzt werden sollten polarisiert und wirkt breit, beispielsweise auf Parteiungebundene oder in der französischsprachigen Schweiz.
- Gewisse Polarisierung denkbar, die Ja-Seite erscheint aber recht gefestigt und der Raum für eine Meinungsentwicklung in Richtung Nein ist trotz Unsicherheiten wegen Corona gering.

1.8 Vorläufige Teilnahmeabsicht**Gegenwärtige Teilnahmeabsichten**

Der Hauptabstimmungskampf zu den fünf Vorlagen vom 27. September 2020 steht noch bevor, allerdings fällt die Teilnahmeabsicht bereits leicht überdurchschnittlich aus. 45 Prozent gaben an, bestimmt an der Abstimmung teilnehmen zu wollen. Für die zur Debatte stehenden Inhalte und die Verknüpfung von unterschiedlichen Themen ist dies ein noch tiefer Wert. Denkbar ist, dass sich im aktuellen Corona-Kontext eine eigentliche Emotionalisierung kaum realisieren lässt, womit die Wahrscheinlichkeit einer Mobilisierung deutlich über 50 Prozent gering bleibt. Somit zeichnet sich eine leicht überdurchschnittliche Beteiligung am Urnengang vom September 2020 ab (2011-2019: 45.6% durchschnittliche Teilnahme).

Profil

In der Ausgangslage zeigt sich der linke Pol (GPS: 55%, SP: 54%) stärker mobilisiert als die politische Mitte (GLP: 41%, CVP: 47%, FDP: 47%) und der rechte Pol (SVP: 49%). Es finden sich keine Anzeichen einer regierungskritischen Aufladung der Teilnahmeabsichten. Regierungskritische Stimmberechtigte wollen sich in ähnlichem Masse beteiligen wie solche, die der Regierung grundsätzlich vertrauen (42% vs. 49%).

Sprachregional betrachtet zeigen sich nur geringe Differenzen in Bezug auf die Teilnahmeabsicht (DCH: 45%, FCH: 46%, ICH: 43%).

1.9 Datengrundlage

Um sprachregionale Aussagen machen zu können, haben wir die Sprachminderheiten in der CATI-Befragung überproportional berücksichtigt. Diese wurden, um nationale Aussagen machen zu können, wieder ins richtige Verhältnis gebracht.

Tabelle 1: Technischer Kurzbericht SRG-Trend – Volksabstimmung vom 27. September 2020

Auftraggeber	CR-Konferenz der SRG SSR
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	CATI: Stichprobenplan Gabler/Häder für RDD/Dual-Frame; Verwendung Swiss-Interview-Liste Online: Opt-in-Befragung über die Webportale der SRG SSR
Datenerhebung	telefonisch, computergestützt (CATI) Online
Art der Stichprobenziehung geschichtet nach	CATI: at random/Geburtstagsmethode im Haushalt Sprachregionen Online: offene Mitmachumfrage
Befragungszeitraum	03. – 17. August 2020 mittlerer Befragungstag: 9. August 2020
Stichprobengrösse	minimal 1200, effektiv 29540 (Cati: 1205, Online: 28335) n DCH: 23595, n FCH: 4973, n ICH: 972 (CATI: n DCH: 704, n FCH: 301, n ICH: 200) (Online: n DCH: 22891, n FCH: 4672, n ICH: 772)
Stichprobenfehler	± 2.9 Prozentpunkte bei einem Wert von 50% (und 95%iger Wahrscheinlichkeit)
Quotenmerkmale	CATI: Geschlecht/Alter interlocked Online: -
Gewichtet nach	Dual-Frame-Gewichtung, Sprache, Siedlungsart, Parteiaffinität, Recall, Teilnahme
Befragungsdauer CATI	
Mittel	15.6 Minuten
Standardabweichung	4.5 Minuten
Publikation	21. August 2020, 17h00

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 1. Welle, 03.–17. August 2020

2 Anhang

2.1 gfs.bern-Team

LUKAS GOLDER

Co-Leiter und Mitglied des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management, Dozent an der ZHAW

✉ lukas.golder@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen / Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, gesundheitspolitische Reformen

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet

MARTINA MOUSSON

Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin

✉ martina.mousson@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, nationale Abstimmungen und Wahlen (SRG-Trend, VOX-Analysen, Wahlbarometer), Image- und Reputationsanalysen, integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, qualitative Methoden, Gesellschaftsthemen (Jugendforschung, Rassismus, Familien, Mittelschicht)

AARON VENETZ

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Politikwissenschaftler

✉ aaron.venetz@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Datenmodellierungen, qualitative Methoden, Recherchen, Datenanalyse, Programmierungen, Medienanalysen, Visualisierungen



THOMAS BURGUNDER

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Mathematiker

✉ thomas.burgunder@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Programmierung und Auswertung quantitative Projekte, Modellierungen, Visualisierungen, qualitative Datenanalyse



DANIEL BOHN

Projektmitarbeiter, Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

✉ daniel.bohn@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Quantitative und qualitative Datenanalyse, Datenaufbereitung, Visualisierung



ROLAND REY

Projektmitarbeiter/Administration

✉ roland.rey@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch



**SCHWEIZER
MARKTFORSCHUNG**

Kein Verkauf - Wissenschaftlich - Anonym

gfs.bern

Menschen. Meinungen. Märkte.